Weit geöffnete Tore

Politik und Wissenschaftsorganisationen reagieren auf den Zustrom von Flüchtlingen mit Sonderprogrammen zur schnelleren Integration. Von Manfred Ronzheimer

er Zuzug von Flüchtlingen fordert auch die deutsche Wissenschaft heraus – und sie reagiert. Überall werden an Hochschulen und Forschungseinrichtungen Initiativen ergriffen, um den Asylsuchenden direkte humanitäre Hilfe zu geben oder sie auch in den hiesigen Wissenschaftsbetrieb zu integrieren.

So entschlossen sich die Präsidenten der Fraunhofer- und Max Planck-Gesellschaft bei einem Empfang für die Bundestagsabgeordneten in der vorigen Woche in Berlin spontan zu einem Pilotprojekt zur Integration von Flüchtlingen in die Wissenschaft. »Wissenschaft kennt keine nationalen Grenzen. Die Motivation und Inspiration von Menschen anderer Nationen bereichern uns alle«, begründete Reimund Neugebauer, Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, die Aktion. »Hinter den derzeitigen Flüchtlingsströmen stehen menschliche Schicksale. Daher ist es unsere gesellschaftliche Pflicht, den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf der Flucht eine Zukunft im deutschen Wissenschaftssystem zu ermöglichen«, so der Fraunhofer-Chef weiter.

Ein gemeinsamer Arbeitsstab fragt derzeit die über 160 Institute beider Organisationen ab, welche Integrationsmöglichkeiten gegeben sind oder geschaffen werden können. »Wir machen dies in enger Kooperation mit den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen«, erklärte eine Sprecherin der Max Planck-Gesellschaft. Über die Länderbehörden sollen die Kontakte zu den Flüchtlingen hergestellt werden. Wie groß der betroffene Personenkreis ist, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen. »So viele Wissenschaftler, die aus Syrien zu uns kommen, werden es nicht sein, weil es dort nur vier Universitäten gibt«, so die Sprecherin.

In Hamburg hat die Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die unter anderem die landesrechtlichen Rahmenbedingungen für einen Zugang der Flüchtlinge zu Studienangeboten überprüft. Nach dem Hamburger Hochschulzulassungsgesetz steht für Staatsangehörige aus Nicht-EU-Staaten eine Ausländerquote mit einem Volumen von zehn Prozent der Plätze zur Verfügung. Allerdings ist es für studieninteressierte Flüchtlinge ohne Papiere nach derzeitiger Rechtslage schwierig, sich erfolgreich um ein Studium zu bewerben. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz (KMK) werden Lösungsansätze gesucht, um Zuwanderern eine Uni-Zulassung ohne schriftliche Leistungsnachweise zu ermöglichen, erklärte eine Sprecherin der Hamburger Wissenschaftsbehörde auf Nachfrage. »Diskutiert werden in diesem Zusammenhang insbesondere Eignungsprüfungen zur Feststellung der Studierfähigkeit«.

»In Deutschland gibt es für Flüchtlinge noch zu viele Hürden für die Aufnahme eines Studiums«, räumte in dieser Woche auch Berlins Wissenschaftssenatorin Sandra Scheeres ein. Sie begrüßte daher die Entscheidung des Berliner Studentenwerks, zwei

»So viele Wissenschaftler, die aus Syrien zu uns kommen, werden es nicht sein, weil es dort nur vier Universitäten gibt.«

Max-Planck-Gesellschaft

Förderprogramme ab sofort auch auf Studierende aus Flüchtlingsregionen auszudehnen. Damit können diese Studierenden einerseits finanzielle Hilfe in der wichtigen Startphase und andererseits in der Phase des Studienabschlusses von jeweils 1000 Euro erhalten. Beide Zuschussprogramme sind zunächst für jeweils 25 Flüchtlinge angelegt. »Viele der in Berlin ankommenden Flüchtlinge aus Ländern wie Syrien, Afghanistan oder Irak sind junge Menschen mit einem hohen Schulabschluss oder ersten Studien-

erfahrungen«, berichtete die Geschäftsführerin des Studentenwerks Berlin, Petra Mai-Hartung. Es gehöre zu den sozialen Aufgaben des Studentenwerks, »der besonderen Situation dieser Studierendengruppe Rechnung zu tragen«.

Die Hochschule Bochum zum Beispiel bietet Flüchtlingen im Anerkennungsverfahren jetzt die Möglichkeit, sich als Gasthörer an der Hochschule kostenfrei zu bewerben. Besucht werden können Lehrveranstaltungen der Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften. Die Teilnahme wird bescheinigt und kann so einen späteren Zugang in ein Studium erleichtern. Zusätzlich will die Hochschule zum Wintersemester ab Oktober ein spezielles Angebotspaket mit englischsprachigen Orientierungsund Grundlagenveranstaltungen, Sprachkursen und Ringvorlesungen schnüren. »In Anbetracht unserer spontanen und darum kurzfristigen Entscheidung ist dies ein ehrgeiziges Vorhaben, dem wir uns aber jetzt mit Energie und Engagement widmen wollen«, betont Hochschulkanzlerin Christina Reinhardt.

»Refugees welcome!« ist auch die Devise des »freien zusammenschlusses von studentInnenschaften (fzs)«. Ben Seel, Vorstandsmitglied der Studierenden-Organisation, würdigte das private Engagement der Freiwilligen in den Hochschulen: »Sie unterrichten, bringen und sortieren Spenden, helfen bei kompliziertem Papierkram und schützen vor dem rechten Mob«. fzs-Vorstandsmitglied Mandy Gratz rief »insbesondere die Studierenden dazu auf, ein solidarisches Miteinander weiter voran zu treiben. Es ist aber überfällig, dass bundesweit alle Hochschulen ihre Türen für Geflüchtete öffnen«

Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hält Gesamtlösungen für erforderlich. »Flüchtlinge müssen ab dem Zeitpunkt ihrer Ankunft in Deutschland Zugang zu Bildungsangeboten bekommen. Bildung ist die wichtigste Bedingung, um Integration zu ermöglichen«, betont GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Viele Flüchtlinge würden dauerhaft in Deutschland eine neue Heimat finden. Mit Bildung müsse deshalb in den Erstaufnahmeeinrichtungen begonnen und ein schneller Zugang zu Kitas, Schulen, beruflicher Bildung, Weiterbildung und Hochschulen gesichert werden. »Dafür benötigen die Bildungseinrichtungen und ihre Beschäftigten zusätzliche personelle und materielle Unterstützung«. Im Etat der Bundesregierung für 2016, der vorige Woche im Parlament beraten wurde, sei dies noch nicht vorgesehen. Tepe machte sich für ein bildungspolitisches Soforthilfeprogramm stark und kündigte Vorschläge der GEW an.